



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/131

3. Oktober 1949

Gewaltentrennung oder Scheindemokratie?

Von Richard Chrtmann

Die Äusserung Dr. Adenauers, dass die Entscheidung über den Sitz der Bundesorgane Sache der Bundesregierung sei, deutet die Neigung des Bundeskanzlers an, in den Bereich der gesetzgebenden Körperschaften als Regierungschef einzugreifen. Er hat diese Neigung schon durch ein anderes Faktum bewiesen, nämlich durch die Schaffung des Amtes eines Bundesministers für die Koordinierung der verschiedenen Organe des Bundes: Bundespräsident, Bundesversammlung, Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung.

Die blosser Tätigkeit eines solchen Ministeramtes begründet notwendigerweise autoritative Eingriffe in die freie Ausübung der gesetzgebenden Körperschaften. Denn was anders heisst "Koordinierung"? Es ist ein Modewort für Ordnung, Ausrichtung oder Lenkung. Soll nun ein Mitglied der Bundesregierung den legislativen Bundesorganen Kompetenzen zuweisen, Verfahrensvorschriften auferlegen, den Gang der Geschäfte vorschreiben oder doch einrichten?

Die Trennung der drei Gewalten, über die in den gewachsenen westlichen Demokratien eifersüchtig gewacht wird, ist damit von vornherein aufgehoben. Eine der vielen Schwächen des Grundgesetzes ist seine Unklarheit in Bezug auf das Prinzip der Gewaltentrennung. Sie ist dem Begriff der Demokratie zwar innewohnend, doch hätte eine Verkündung des Grundsatzes notgedrungen in einem Lande, wo die Trennung der vollziehenden, gesetzgebenden und richterlichen Gewalten niemals genau gewahrt wurde:

Es ist Sache jedes einzelnen Bundesorgans, die Beziehungen zu den anderen Organen zu regeln. Im allgemeinen ist dies - auf Seiten der Exekutive - Sache des Bundeskanzleramtes selbst, welches damit einen leitenden Beamten etwa im Range eines Staatssekretärs zu betrauen hätte. Dem

Bundespräsidenten steht für den gleichen Zweck ein Kabinettschef zur Verfügung, der anderswo zuweilen Ministerrang bekleidet. Die Legislativ-Körperschaften haben für diesen Zweck ihren Präsidenten. Ein einfaches Mitglied der Bundesregierung, ausgestattet mit Amt und Autorität, die Beziehungen zwischen den Bundesorganen selbst zu regeln, muss notwendigerweise das Gleichgewicht unter ihnen stören. Seine Wirksamkeit bedeutet eine dauernde Belastung zu Gunsten der nur ausübenden Gewalt.

Daß die Geschäftsbereiche der beiden anderen Minister ohne eigentliches Portefeuille, nämlich für Flüchtlingswesen und für Ostfragen, sich gegenseitig überschneiden, liegt schon in der Natur dieser Probleme begründet. Wenn man aus naheliegenden Gründen der Koalition eine breitere Ministergarnitur brauchte, wäre es zweckmäßiger gewesen, dem Informationswesen Kabinettsrang zu geben. In den meisten demokratischen Ländern hat es sich seit einigen Jahrzehnten als notwendig und praktisch erwiesen, so weite Gebiete des öffentlichen Lebens wie Presse, Rundfunk, Film, Theater, Sport und Fremdenverkehr aus dem Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums zu nehmen und einem eigenständigen Ministerium oder doch wenigstens Staatssekretariat zu unterstellen. Da die Kultusangelegenheiten im Bundeslandessache sind, bestünde umso mehr Grund, diese Lösung auch für die Bundesrepublik zu suchen. Denn Kultus und Kultur sind recht verschiedene Dinge. Traditionsgemäss befassten sich Kultusministerien alter Prägung nur mit der Pflege von Kirche und Erziehungswesen.

Das rasche Wachstum aller jener Bereiche des öffentlichen Lebens, die unter dem Begriff "Informationswesen" zusammengefasst sind, hat dazu geführt, daß ihre Angliederung an den Überwachungsbereich der herkömmlichen Kultusministerien sich nicht nur wesensfremd, klerikal und akademisch ausgerichteten Einflüssen aussetzte, sondern auch die Homogenität der Kultusministerien selbst aufhob. Kirche und Schulwesen sind eins, es steht im Zeichen der Strenge, jedenfalls einer gewissen Abwendung vom Lebensgenuss. Öffentliche Meinung, Unterhaltung, Freizeitbetätigung aber sind Ausserung und Inbegriff der Lebensfreude, freiheitsliebend und der Freiheit bedürftig wie kein anderes Gebiet des öffentlichen Lebens.

Schon mehren sich die Stimmen, die eine eigenständige Betreuung der "modernen" Lebensbezirke durch Aufrichtung eines Informationsministeriums auf der Bundesebene wünschen. Daß dieser Entwicklungszug von dem Chef der ersten Koalitionsregierung des neuen Bundes nicht empfunden wurde - auch das zeugt für seine im Grunde rückschrittliche Haltung.

Finlands kommunistische Gewerkschaften kapitulieren

Von unserem skandinavischen K.K.-Korrespondenten.

Die sieben kommunistisch geleiteten Gewerkschaftsverbände, die für den kürzlich durchgeführten politischen Streik verantwortlich sind und infolge Missachtung der Beschlüsse der Gewerkschaftszentrale aus dem finnischen Gewerkschaftsbund ausgeschlossen worden waren, haben vor Ablauf der ihnen gestellten Frist und unter Annahme der ihnen gestellten Bedingungen um die Wiederaufnahme in den Gewerkschaftsbund angesucht. Die Gewerkschaftszentrale hat es mit der Wiederaufnahme allerdings nicht sehr eilig. Es wurde zwar das Wiedereintrittsgesuch des Verbandes der Lebensmittelarbeiter gutgeheissen, die anderen Verbände müssen jedoch noch eine Wartefrist durchmachen. Sie sollen Garantien dafür geben, daß die Satzungen und Beschlüsse der Gewerkschaftszentrale künftig beachtet werden und daß jene Mitglieder der kommunistisch geleiteten Verbände, die gegen den Streik Stellung genommen hatten, keinen Drangsalierungen durch die kommunistischen Mehrheiten ausgesetzt werden. Auch müssen die Verbände erst die Mitgliedsbeiträge an die Gewerkschaftszentrale nachbezahlen.

Es ist zwar unwahrscheinlich, daß die Kommunisten ihre Versprechen auch halten werden, aber ihre Niederlage ist jedenfalls vollständig und der Prestigeverlust vernichtend. Sehr viele sozialdemokratische Arbeiter meinen, daß die Kommunisten von der Gewerkschaftszentrale zu sanft behandelt worden sind. Der Widerstand von sozialdemokratischer Seite nimmt in den kommunistisch geführten Verbänden ständig zu. Der kommunistische Großangriff auf die finnische Demokratie hat sich infolge der energischen Haltung von Volk und Regierung als Bumerang erwiesen. Nicht die finnische Demokratie, sondern die kommunistische Gewerkschaft ist zusammengebrochen.

FLÜCHTLINGSSTROM NACH SCHWEDEN NIMMT ZU. - K.K. Die länger werdenden Nächte und die Verzögerung der Herbststürme durch das anhaltend milde Wetter begünstigen die illegale Reise vieler Flüchtlinge aus der deutschen Ostzone über die Ostsee nach Schweden. Die Auffanglager in Süd- und Mittelschweden sind überfüllt. Nur in wenigen Fällen können die Flüchtlinge überzeugende politische Motive für ihre Flucht anführen. Die Massenzuwanderung macht es den schwedischen Behörden immer schwieriger, mit den Problemen von Neu-Flüchtlingen in den Arbeitsprozess fertig zu werden. Auch bemächtigt sich der schwedischen Arbeiterschaft allmählich Unruhe angesichts des Zuwachses konkurrierender Arbeitskräfte. Die Zahl der Ausländer in Schweden beträgt nun 205.000.

3. Oktober 1949

Am 3. Oktober beginnt der 68. Kongress der AFL in St. Paul/Minnesota, den Präsident William Green leiten wird. Aus diesem Anlass hat Kurt Schumacher das nachfolgende Telegramm an William Green gesandt:

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sendet dem Kongress der AFL ihre besten Grüsse und Glückwünsche. Wir besondern die grossen Erfolge der amerikanischen Arbeiterbewegung im Kampf um den sozialen Fortschritt. Wir sind dankbar für die grosse Unterstützung der deutschen Demokratie und wünschen dem Kongress einen guten Verlauf.

Dr. Schumacher"

- - - - -

S c h l i e s s e n

die Mädchen Fenster und die Türen.....

Magdeburg -Eigenbericht. In diesen Tagen herrscht im ostelbischen Raum doppelte Unsicherheit: Seit dem 1. Oktober finden hier die Manöver der Roten Armee statt, die bis zum 12. Oktober dauern sollen. Schon die Ankündigung hatte die Bewohner dieses Gebietes in erhebliche Unruhe versetzt. Die Bürgermeister vor allem der Landgemeinden hatten der Bevölkerung mitgeteilt, dass bis zum 30. September alle Früchte auf den Aekern abgeerntet sein müssten, da an den Manövern starke Panzerverbände teilnehmen würden. Gleichzeitig war befohlen worden, dass die Herbstbestellung der Winterfrucht erst nach dem 14. Oktober beginnen dürfe.

Hauptkampfplatz bei diesen Manövern ist das Umflutgebiet der alten Elbe zwischen Magdeburg und Dornburg-Gommern. In den Gemeinden dieses Gebietes hatten die Bürgermeister den Einwohnern ausserdem mitgeteilt, dass in der Zeit von 20 Uhr abends bis 6 Uhr morgens niemand die Wohnung zu verlassen habe. Frauen und Mädchen wurde nahegelegt, in der Manöverzeit die Wohnungen möglichst überhaupt nicht zu verlassen. Die darin enthaltende Warnung wurde durch den Hinweis

unterstrichen, dass bei diesen Kampfübungen mongolische und andere asiatische Truppen und auch Strafbataillone eingesetzt würden. Es ist klar, dass die Bürgermeister solche offenen Warnungen nur aussprachen, weil sie von höheren militärischen Dienststellen dazu angeregt wurden. In den letzten September- und in den ersten Oktobertagen haben dann auch zahlreiche Mädchen das Manövergebiet verlassen und sich auf das linkselbische Gebiet zurückgezogen. (m/2/31g/1/hs)

- - - - -

Fünf Deutsche öffentlich gehängt

S. Kattowitz - Fünf Deutsche sind Mitte September - wie erst jetzt auf Umwegen bekannt wird - in Kattowitz wegen angeblicher Sabotage gehängt worden. Die Urteile wurden öffentlich vollstreckt.

In der Gleiwitzer Hütte wurde der Arbeiter Ulicka (früher Ulfig) systematischer Werkzeugmaschinen-sabotage beschuldigt. Auf einer Grube im früheren Hindenburg wurden 20 Kilo in einem Stollen versteckter Sprengstoff gefunden. Der Hauer, in dessen Arbeitsbereich der Fund erfolgte, wurde beabsichtigter Sabotage angeklagt. Er war ehemaliger Reichsdeutscher und Volksturmman. Schliesslich wurden zwei Männer und eine Frau der Sabotage in den Stickstoffwerken Chorzow bei Königshütte angeklagt. Sie brachten angeblich Transportbänder durch Umkippen von Loren zum Stillstand, wodurch ein betrieblicher Schaden von 13 Millionen Zloty entstanden sein soll. Auch diese drei Leute waren Deutsche.

- - - - -

Minister zwischen Bank und Sessel

(sp) Nicht zwischen zwei Stühlen, aber zwischen Ministersessel und Plenarbank sitzen Konrad Adenauers Kabinettsmitglieder. Das Grundgesetz erlaubt dem Minister, die Mitgliedschaft des Parlaments beizubehalten. Das ist eine Konsequenz des parlamentarischen Regierungssystems. Die Regierung ist so etwas wie ein Exekutivausschuss.

Vor der Wahl konnte man glauben, daß diese Bestimmung rein theoretischen Wert habe. Als am 14. August die Rechenstifte die Parteimandate addierten, wurde die praktische Bedeutung dieses Vorrechts offenbar, Minister und gleichzeitig Abgeordneter zu sein. Die "einstimmige" Mehrheit für Adenauers Bundeskanzleramt demonstriert auch den Optimisten die Schwäche der parlamentarischen Basis für ihre bürgerliche Regierung. In keiner Plenarabstimmung über irgendeinen Gegenstand von Wichtigkeit kann sich das Kabinett erlauben, auf der Regierungsbank zu thronen oder gar in der unberührten Klausur des Ministeriums zu verharren. Denn hier zählt jede Stimme. Die elf Parlamentarier unter den 14 Kabinettsmitgliedern müssen sich dann in die Plenarbänke drücken, um ihr Programm und ihre Gesetzesvorlagen mit eigener Stimme durchzubringen.

Selten ist die Abhängigkeit der Regierung von ihrem Parlament so deutlich geworden wie heute. Umso bedenklicher muss es stimmen, wenn die Regierung hin und wieder - und das ist bei so lebenswichtigen Entscheidungen, wie der Wechselkursänderung der DMark der Fall gewesen - so tut, als ob sie regierte, wie weiland vor 130 Jahren die Herren Metternich und Schwarzenberg von Gottes Gnaden, durch ihren Kaiser berufen und nur der Legitimität der Krone verantwortlich.

Vier Jahre lang wird die Selbstherrlichkeit des Adenauer-Kabinetts bei jedem Anlass gedämpft durch den Zwang, für sich selbst die Stimmen abzugeben. Wenn die Minister von ihren Sesseln herniedersteigen in das Rund des Parlaments, so ist das eine Art Canossengang der hochgeborenen Residenten zu ihren kleinen Volksvertretern, die sie bisher so gern etwas über die Achsel ansahen. - Das ist es, was Prof. Carlo Schmid als Wink mit dem Zaunpfahl in die Worte zu kleiden verstand: "Bei allem gebührenden Respekt sind wir doch etwas stolz auf unser bisschen beschränkten Untertanenverstand".